Heute „ULK"

Morgen-Ausgabe

Einzelnummer 15 Millionen M.

Erscheint wöchentl. zwölfmal. Illustr. Gratis-Wochenschriften: „Der Welltspiegel", „Modenspiegel", „Technische Rundschau", „Sportspiegel", „ULK", „Haus Hof Garten". Bezugspreis: für die Woche vom 14. bis 20. Oktober 300 Millionen Mark einschl. Zustellung durch die Botenfrau, im voraus zahlbar. Ausl. ausschl. Postaufschlag bzw. Kreuzbandporto. Auslands-Bezug durch die Hauptexped. u. die Postanst. in Deutsch-Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz, Luxemburg, Belgien, Frankreich, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Estland; f. alle übrig. Staaten ist d. Bezug nur mit Kreuzb. b. die Exped. d. Bl. mögl. Preiserhöhungen während d. Bezugszeit vorbehalten. Im Falle höh. Gewalt od. Streiks hat. unt. Bezieher keinen Anspruch auf Nachlief. od. Erstattg. d. entspr. Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 48—49 und den Filialen. (Fernspr.: Dönhoff 4440—4455, für den Fernverkehr 4207—4209.) Telegramm-Adresse: „Berlidia", Berlin. Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 324, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. Anzeigenpreise: Grundpreis: 12gespalt. Zeile 750 Mark, für Familien-Anzeigen 35 Mark, Nachrufe nach üblichem Tarif. Alle Grundpreise mal Schlüsselzahl d. Vereins Deutsch. Zeitungsverleger, heute: 140 000. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben od. an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 43; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Rheinische Straße 67/68; Rathenower Straße 5; Turmstraße 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstraße 9; Große Frankfurter Straße 101; Frankfurter Allee 286 und 346; Pücherstraße 69; Fidicinstraße 9; Wiener Straße 1/6; Greifswalder Straße 197; Fennstraße 1; Müllerstraße 135; Badstraße 61; Rheinsberger Straße 79; Charlottenburg: Tauentzienstraße 2; Kantstraße 34; Scharrenstr. 99; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstraße 19; Halensee-Grunewald: Hektetienplatz; Schöneberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 90/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Bonnholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Straße 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Straße 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllestr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau, Schweidnitzer Str. 21/22; Chemnitz: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Straße 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr 479
Ausgabe für Berlin

52. Jahrgang
Freitag, 12. Oktober 1923

Die erste Notverordnung.

Die Entscheidung über das Ermächtigungsgesetz auf Sonnabend vertagt.

Die gestrige Reichstagssitzung.

Ein unerwarteter Abschluß.

Von

Erich Dombrowski.

Vor der Gesamtabstimmung über das Ermächtigungsgesetz verließen (wie bereits im größten Teil der gestrigen Abendausgabe berichtet), die Deutschnationalen, die Kommunisten, die Deutschvölkischen und die Zweimännergruppe der Unabhängigen den Saal. Infolgedessen wäre die erforderliche Zweidrittelmehrheit des Reichstags nicht vorhanden gewesen. In diesem entscheidenden Augenblicke beantragte der Führer des Zentrums, Dr. Marx, die Abstimmung auf Sonnabend, 1 Uhr mittags, zu vertagen. Das rief unter den Oppositionsparteien einen großen Tumult hervor. In der Geschäftsordnungsaussprache ergriff auch zu kurzen Erklärungen der Reichskanzler das Wort. Mit allen Stimmen der Regierungsparteien wurde alsdann die Vertagung der Abstimmung bis Sonnabend mittag beschlossen. (Bereits im größten Teil der gestrigen Abendausgabe mitgeteilt.)

Die gestrige Reichstagssitzung nahm in der vierten Nachmittagsstunde einen unerwarteten Ausgang. Die Endabstimmung über das Ermächtigungsgesetz wurde auf Sonnabend vertagt. Das war der Ausweg, den die Koalitionsparteien in einem Augenblicke geistesgegenwärtig, fanden, als das Gesetz an der Abwesenheit zahlreicher Abgeordneter zu scheitern drohte. Die weitere Folge wäre die Auflösung des Parlaments gewesen. Wahlen hätten aber in einer Zeit, da die wirtschaftliche und finanzielle Not uns auf den Nägeln brennt, zweifellos zu einem Bürgerkrieg geführt. Die beiden extremen Flügelparteien: die Deutschvölkischen und die Kommunisten sind für diesen Moment gerüstet. Es brauchte bloß das Stichwort zu fallen, um dieses Aufeinanderprallen der Revolution und der Gegenrevolution zur Tat werden zu lassen. Auf dem Rücken des Bürgertums und der Arbeiterschaft würde dann dieser Kampf ausgefochten werden. Welche katastrophalen außenpolitischen Folgen eine solche Entwicklung der Dinge haben würde, kann sich jeder leicht ausmalen. Wenn das Ermächtigungsgesetz fiele und der Reichstag aufgelöst würde, so würde zwar das Kabinett Stresemann auch weiter am Ruder bleiben. Der Reichspräsident würde ihm nach dem Artikel 48 der Reichsverfassung ohne weiteres diejenigen diktatorischen Vollmachten geben, die ihm der Reichstag versagt hätte. Aber es fragt sich, ob nicht, nachdem im Wahlkampf alle wilden Leidenschaften entfesselt wären, dieser verfassungsmäßigen Diktatur sehr bald Gegendiktaturen von rechts und von links entgegentreten würden. Wir hätten dann das Schauspiel des deutschen Mittelalters, wo Kaiser und Gegenkaiser sich befehdeten, während die großen territorialen Interessenten daran profitierten. Nur, daß jetzt keine Kaiser und Könige mehr auf dem Schachbrett der deutschen Politik stehen, sondern Diktatoren oder solche, die sich dafür halten, aus dem Dunkel des Nichts aufzutauchen drohen. Das politische und wirtschaftliche Chaos, das dann entstehen würde, läßt sich nicht einmal von einer ausschweifenden Phantasie ausdenken.

Die Deutschnationalen arbeiten ganz bewußt darauf hin, den Staat erst einmal in Trümmer zu schlagen, um dann darauf ihre politischen Ideen zu verwirklichen. Es ist, umgekehrt, dasselbe Rezept, nach dem die Kommunisten oder Bolschewisten arbeiten. Der Fanatismus hat in der Politik und in der Geschichte noch immer das furchtbarste Elend und Leid über die Völker gebracht. Ob man nun zurückblickt auf die jahrhundertelangen religiösen Kriege, auf die Intoleranz, die Inquisition, die Austreibung und Ausrottung ganzer Dörfer und Städte aus religiösen Motiven, oder ob man auf die Wirtschafts- und Kabinettskriege des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts schaut, stets bietet sich einem das gleiche Bild: der Fanatismus schlägt die Völker blutig wie eine Geißel. Dieser Fanatismus droht jetzt auch das Deutsche Reich von innen heraus zu zerschlagen. Anders ist die gestrige Taktik der Deutschnationalen nicht zu bewerten. Mit diabolischem Zynismus erklärte der Abgeordnete Schultz (Bromberg), daß seine Partei nicht daran denke, der Koalition bei dieser Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz den Weg zu ebnen. Das heißt: Eher mag alles drunter und drüber gehen, eher mag Volk und Reich auseinanderfallen, als daß wir auch nur einen kleinen Schritt von dem Prinzip unserer Opposition abweichen. Das Ermächtigungsgesetz ist dringend notwendig, wenn dem furchtbaren Währungsverfall durch sofortige diktatorische Maßnahmen Einhalt geboten werden soll. Jede Minute ist kostbar. Die Deutschnationalen aber bringen es fertig, in dieser Stunde höchster Not den Regierungsparteien ein Bein zu stellen, Obstruktion zu treiben und den Reichstag von vornherein beschlußunfähig zu machen. Das Haus brennt, aber die deutschnationalen Feuerwehrleute stellen sich davor, nicht um es zu löschen, sondern, um auch noch die anderen, die helfend herbeieilen, mit geschwungenem Beil von einem rettenden Eingreifen abzuhalten. Patriotismus.

Das alles spielte sich im Reichstag gestern nachmittag dramatisch und überstürzt wie auf einem Film ab. Zuerst versuchten es die äußerste Rechte und die äußerste Linke mit einer Rede-Obstruktion. Allerlei Kleinigkeiten wurden hervorgeholt. Ueber Kunstdünger und Gütertarife wurde gesprochen. Die Ausfuhrabgaben wurden bemängelt. Der Dollarkurs wurde erörtert. Und so fort in bunter Folge. Die Zwergparteien kamen nicht vom Rednerpult fort. Das Geschlecht der parlamentarischen Pygmäen rang um die Palme der Rhetorik. Die Deutschvölkischen marschierten eins, zwei, drei Mann hoch auf. (Mehr zählen sie nicht, auch wenn man das Fernrohr vor's Auge hält.) Die Kommunisten schickten ihre Leute vor. Dazwischen polterte Herr Ledebour als fünfzigprozentiger Anteil der Unabhängigen im Reichstag drauf los und führte fünf-, sechs- und siebenaktige Spektakelstücke auf. (Näheres siehe im Spiel von Pyramis und Thisbe in Shakespeares „Sommernachtstraum".) Dieses Auftreten ein und derselben Parteien wiederholte sich eine Zeitlang, bis den übrigen diese Komödie zu langweilig wurde und sie Schluß der Debatte beantragten. Der Antrag wurde angenommen, und man schritt zur Abstimmung. Der Plenarsaal, der bis dahin ziemlich leer geblieben war, füllte sich rasch. Von allen Seiten strömten die Abgeordneten herein. Die Spannung wuchs aufs höchste. In einer Viertel oder halben Stunde mußte die Entscheidung fallen. So oder so. Zunächst ging allerdings ein Sprühregen von Anträgen auf das Haus nieder, über die abgestimmt werden mußte. Zum Teil namentlich. Das verzögerte das Finish außerordentlich. Immerhin, von welcher Seite die Anträge auch ausgegangen waren, ob von den Deutschnationalen oder von den Kommunisten, alle wurden sie glatt abgelehnt.

Trotzdem mußte das Stimmenverhältnis bedenklich machen. Der Reichstag zählt im ganzen 459 Abgeordnete. Davon waren gestern anwesend 371. Bei der ersten Abstimmung stellte es sich heraus, daß 97 zur Opposition gehörten. Verließen diese vor der Endabstimmung den Saal, dann wäre das Haus beschlußunfähig geworden, und das Gesetz wäre gefallen. Denn nach der Verfassung müssen bei einem verfassungändernden Gesetz wie dem vorliegenden mindestens Zweidrittel aller Abgeordneten anwesend sein. Da diese Zweidrittelmehrheit 306 beträgt, hätte es bereits genügt, wenn 66 vor der Abstimmung hinausgegangen wären. Gerade so groß ist aber die deutschnationale Fraktion, wenn sie vollständig versammelt ist. Nur wenn es gelingt, bis Sonnabend den Reichstag und vor allem die Koalitionsparteien möglichst vollzählig aufmarschieren zu lassen, kann einem Scheitern des Ermächtigungsgesetzes mit all seinen unabsehbaren Folgen vorgebeugt werden. Es kommt jetzt die Stimme jedes einzelnen an. Wer am Sonnabend fehlt, ladet eine riesengroße Verantwortung auf sich.

Anwendung des § 48 der Verfassung.

Erhebung der Steuern in aufgewerteter Form.

Beschleunigte Einführung der neuen Währung.

In der gestrigen Abendsitzung des Reichskabinetts wurde beschlossen, nicht erst die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes von dem Reichstag abzuwarten, sondern auf steuerlichem Gebiet sofort zu handeln, und zwar auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung, wofür der Reichspräsident soeben die Ermächtigung gegeben hat. Es handelt sich dabei um die Anpassung der Steuern an die Wertverhältnisse. Danach soll die Vermögenssteuerveranlagung überhaupt fortfallen, da die Verwaltungskosten dafür größer sind als die Einnahmen. Ebenso soll die Veranlagung zur Zwangsanleihe eingestellt werden. Dagegen wird die Brotabgabe, die bekanntlich auf der Zwangsanleihe basiert, im Januar valorisiert erhoben werden. Alle steuerlichen Prozesse um heute verhältnismäßig geringe Beträge sollen eingestellt werden, um unnötige Kosten zu ersparen. Im übrigen sollen alle Steuern fortan in aufgewerteter Form erhoben werden, und zwar rückwirkend bis zum 1. September d. J. Für die Zeit vom Januar bis zum September 1923 sollen nachträglich gewisse Umrechnungsverhältnisse aufgestellt werden. Alle früheren Steuergesetze sollen als erledigt gelten, soweit nicht strafbare Handlungen vorliegen.

Dem Gesetzestext ist auch eine eingehende volkstümliche Begründung beigegeben. Des weiteren hat das Kabinett beschlossen, dem Finanzminister größere Vollmachten für alle Vorgänge zu geben, die an das Reich, in der Verwaltung und in der Gesetzgebung neue Finanzansprüche stellen. Ein Katalog für sämtliche Maßnahmen, die damit zusammenhängen, ist in Vorbereitung. Die Einführung der neuen Währung soll so beschleunigt werden, daß in kürzester Zeit bereits ein wertbeständiges Geld geschaffen wird. Endlich hat auch bereits die Erörterung über die Aufhebung der Kohlensteuer begonnen. Sie ist aber nur dann möglich, wenn gleichzeitig durch Senkung des Kohlenpreises an sich eine solche Verbilligung des Urproduktes eintritt, daß eine neue Ankurbelung der Wirtschaft möglich ist, die denn auch wiederum durch ihre steuerlichen Abgaben auf der anderen Seite dem Reiche das einbringt, was ihm durch den Ausfall der Kohlensteuer verloren geht.

*

Der Reichskanzler empfing gestern abend eine Reihe von Vertretern der Presse und teilte ihnen seine gestrigen **Besprechungen mit dem Reichspräsidenten** über die **Auflösung des Reichstags** mit, falls das Parlament das Ermächtigungsgesetz nicht annehmen sollte. Er habe noch am Schlusse der gestrigen Sitzung sich erneut mit dem Reichspräsidenten in Verbindung gesetzt, und auf seinen Vorschlag hat der **Reichspräsident wiederholt, daß das Parlament ohne weiteres aufgelöst werden soll,** wenn es am Sonnabend dem Ermächtigungsgesetz nicht seine Zustimmung gebe. Gehe das Gesetz durch, so würde dem Reichstag sofort das Arbeitszeitgesetz mit der strittigen Frage des Achtstundentages zur Erledigung vorgelegt werden. **Falle das Ermächtigungsgesetz dagegen, so habe er freie Bahn für alles weitere, was die Stunde erfordere.**

Eine Pflichtverletzung.

Die Abwesenden.

Das Ermächtigungsgesetz soll dem Kabinett Stresemann die Möglichkeit geben, endlich durch schnelles und energisches Handeln Deutschland aus dem wirtschaftlichen und finanziellen Chaos herauszuführen. Die Reichsregierung braucht diese Vollmachten, um ohne weitere Debatten das neue Geld zu schaffen, eine Regulierung der Preise vorzunehmen, die Versorgung des Volkes zu sichern. Alle notwendigen Maßregeln sind vorbereitet, und da man hoffte, daß die Regierung gestern im Reichstage die notwendige Ermächtigung erhalten würde, so war beabsichtigt, noch in den Abendstunden die ersten dieser Maßnahmen bekannt zu geben und sofort mit der Ausführung zu beginnen. Daß die